

Steigerung der Ausbildungskapazitäten für frühpädagogische Fachkräfte notwendig

Absehbarer Personalbedarf in Westdeutschland aufgrund des ›U3-Ausbaus‹

In der Kinder- und Jugendhilfe werden nach den jüngsten amtlichen Daten insgesamt ca. 620.000 Personen beschäftigt (vgl. Kom^{Dat} 1/08). Der Großteil dieser Personen, ca. 360.000, arbeitet in Tageseinrichtungen für Kinder (ohne Hauswirtschaft). Durch das Kinderförderungsgesetz wird ab dem Jahr 2013 ein erweiterter Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Tageseinrichtung/Kindertagespflege für 1- und 2-Jährige gelten. Bund und Länder gehen davon aus, dass somit im Bundesschnitt für mindestens 35% aller unter 3-Jährigen Angebote geschaffen werden müssen. Doch wie viel zusätzliches Personal ist für diesen Ausbau notwendig? Hierzu wurde eine differenzierte Analyse vorgelegt (vgl. Rauschenbach/Schilling 2009). Inzwischen können diese Daten jedoch aktualisiert und weitere Überlegungen zur Rekrutierung der »Bedarflücke« angestellt werden.

Altersbedingter Ersatzbedarf in Ostdeutschland

Für Ostdeutschland kann man davon ausgehen, dass das aktuelle Angebot in der Regel bedarfsdeckend ausgebaut ist und somit kein zusätzlicher Personalbedarf zu erwarten ist. Die Herausforderung wird jedoch darin liegen, den altersbedingten Ersatzbedarf sicherzustellen. Wenn man das aktuelle Ausscheideverhalten für die nächsten 15 Jahre fortschreibt, so werden voraussichtlich rund ein Drittel der Fachkräfte das Arbeitsfeld verlassen. Wenn jedoch alle Fachkräfte bis zum Erreichen des offiziellen Rentenalters in den Einrichtungen verbleiben, würde nur ein Ersatzbedarf von 15% entstehen.

Platzbedarf in Westdeutschland

Zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für die Kinder im Alter zwischen 1 und 3 Jahren sowie des konditionierten Rechtsanspruchs für die unter 1-Jährigen wird erwartet, dass in Westdeutschland nach 2013 knapp 612.000 Angebote notwendig sind (tabellarische Übersicht der Berechnungsschritte, vgl. Rauschenbach/Schilling 2009). Hierfür sind aus Sicht des Jahres 2008 im Westen noch zusätzlich 407.000 Plätze in Einrichtungen und Kindertagespflege zu schaffen. Die aktuellen Überlegungen gehen davon aus, dass dazu 260.000 Plätze in Einrichtungen und 147.000 Plätze in der Kindertagespflege (2008=36.000) eingerichtet werden müssen. Damit würde im Jahr 2013 ein Anteil der Kindertagespflege von 30% erreicht. Für ein entsprechendes Ange-

bot müssten zusätzlich 30.000 bis 40.000 neue Tagespflegepersonen gewonnen werden.

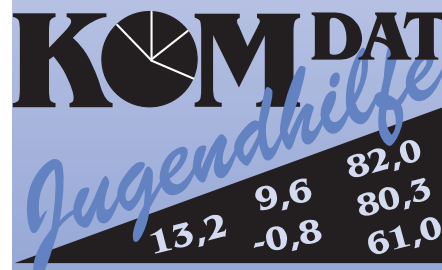
Trotz demografischen Wandels: zusätzlicher Personalbedarf in Westdeutschland

Um die 260.000 Plätze in Tageseinrichtungen für unter 3-Jährige zu realisieren, müssen bei einem angenommenen Personalschlüssel von 1:5 ca. 52.000 Vollzeitstellen bereitgestellt werden. Aufgrund des demografischen Rückgangs bei den Kindergartenkindern und der damit einhergehenden »Freistellung« eines Teils des Personals würde der zusätzliche Personalbedarf für unter 3-Jährige geringer ausfallen, da 16.000 dieser neu zu schaffenden Stellen im »U3-Bereich« mit vorhandenen Fachkräften besetzt werden könnten. Der zusätzliche Netto-Personalbedarf beläuft sich dann noch auf rund 36.000 Vollzeitstellen. Da aber auch künftig nicht alle Fachkräfte Vollzeit arbeiten werden, müssen diese Stellen auf die entsprechende Zahl von Personen umgerechnet werden. Unter dem Strich ergibt sich dann eine Zahl von 45.000 Personen.

Altersbedingter Ersatzbedarf in Westdeutschland

Bevor die Zahl der jährlich Neuausgebildeten diesem zusätzlichen Fachkräftebedarf von 45.000 Personen gegenübergestellt werden kann, muss geklärt werden, wie hoch der Bedarf ist, um jenes Personal in Tageseinrichtungen zu ersetzen, das altersbedingt oder aus anderen Gründen (z.B. Fami-

Kommentierte Daten der Kinder- und Jugendhilfe, Informationsdienst der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik, AKJ^{Stat}, gefördert durch das BMFSFJ und MGFFI NW



Editorial

In diesen Tagen treffen sich Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit zum Bundeskongress Soziale Arbeit 2009 in Dortmund (www.bundeskongress-sozialearbeit.de). Unter dem Leitthema »Gerechtigkeit–Verantwortung–Sicherheit« diskutieren Ausbildung, Forschung, Profession und Politik über soziale Problemlagen und Entwicklungen in den Arbeitsfeldern. Das ist für uns ein willkommener Anlass für die zweite Ausgabe von Kom^{Dat} Jugendhilfe in diesem Jahr.

Ein Schlaglicht wird geworfen auf die Personalsituation in der frühkindlichen Bildung, und zwar mit Blick auf den zu erwartenden Fachkräftebedarf und die daraus resultierenden Folgen für erforderliche Ausbildungskapazitäten. Ob allerdings das zu erwartende Beschäftigungsangebot überhaupt nachgefragt wird, hängt nicht zuletzt von den Beschäftigungsbedingungen ab. Einige Hinweise hierzu sind für diese Ausgabe zusammengetragen worden.

Ein zweiter Schwerpunkt befasst sich mit Hilfen zur Erziehung als Antwort auf riskante Lebenslagen von Kindern in Familien. Im Mittelpunkt stehen Fälle, in denen wegen einer Kindeswohlgefährdung eine Hilfe installiert worden ist. Der Frage, wie erfolgreich diese und überhaupt Hilfen zur Erziehung sind, ist dabei ein anderer Beitrag auf der Spur.

Schwerpunktt Themen

Steigerung der Ausbildungskapazitäten für frühpädagogische Fachkräfte notwendig	1
Wenn das Kindeswohl gefährdet ist, ...	2
Wann erreichen familienersetzende Hilfen ihre Ziele?	3

Kurz und prägnant

Fachkräfte in Kitas – Motor oder Achillesferse des Wandels?	5
Anstieg der Inobhutnahmen – mehr Probleme oder mehr Intervention?	5

Notizen

Literatur, Statistische Ämter, Neues aus der AKJ ^{Stat} und dem Forschungsverbund.	6
---	---

lienphase oder Wechsel in ein anderes Arbeitsfeld) aus dem Arbeitsfeld ausscheidet. Da keine exakten Daten über das Ausscheideverhalten der Fachkräfte zur Verfügung stehen, wird vereinfachend angenommen, dass eine Fachkraft im Durchschnitt 30 Jahre in diesem Arbeitsfeld berufstätig ist. Als jährlicher Ersatzbedarf wird somit ein Dreißigstel der aktuellen Anzahl der Fachkräfte definiert. Damit läge der rechnerische Ersatzbedarf pro Jahr bei 9.400 Fachkräften. Für die Zeitspanne zwischen 2008 und 2014 ergäbe sich somit ein rechnerischer Ersatzbedarf von ca. 47.000 Personen. Rechnet man den zusätzlichen Personalbedarf für den »U3-Ausbau« hinzu, dann ergibt sich ein Gesamtpersonalbedarf von etwa 92.500 Fachkräften.

Kapazitäten der aktuellen Ausbildungen

Um den Ersatzbedarf zu decken, stehen bislang als wichtigste Rekrutierungsreservoirs die Neuzugänge aus den Ausbildungen zum/r Erzieher/in und Kinderpfleger/in zur Verfügung. Gegenwärtig schließen allein im Westen rund 14.500 Erzieher/innen pro Jahr ihre Ausbildung ab. Geht man da-

von aus, dass von diesen ca. 65% in das Arbeitsfeld der Tageseinrichtungen einmünden, so ergibt sich ein Potenzial von ca. 9.400 pro Jahr bzw. von 47.000 Erzieher/innen bis 2013.

Da im frühkindlichen Bereich rund 10% des Personals über eine Kinderpfleger/innenausbildung verfügen, muss diese Berufsgruppe mit Blick auf den Ersatz- und Ausbaubedarf ebenfalls mit einbezogen werden. Allerdings sind dabei die landesspezifischen Besonderheiten zu berücksichtigen. In vier westdeutschen Ländern (SH, HH, RP, HE) wird diese Ausbildung gar nicht angeboten. Rechnet man die aktuellen Absolventenzahlen mit einem Einmündungsanteil von 70% auf 5 Jahre hoch, ergäbe sich ein Potenzial von ca. 21.000 Kinderpfleger/innen.

Unter dem Strich bleibt damit bis 2014 eine rechnerische Lücke von knapp 24.000 Personen, die in den Jahren 2009 bis einschließlich 2013 zusätzlich gewonnen werden müssten.

Strategien zur Deckung der Personallücke

Die zentrale Strategie, um diese Personallücke zu schließen, wird sicherlich in der Ausweitung der Ausbildungskapa-

zitäten der Erzieher/innenausbildung und im Ausbau der Hochschulstudiengänge für Elementarerziehung liegen. Diese Strategie greift allerdings nur mit einer erheblichen Zeitverzögerung, da erste zusätzliche Kräfte Mitte 2013 zur Verfügung stehen würden.

Deshalb wird es zwangsläufig eine Übergangszeit geben, in der auch noch andere Strategien genutzt werden müssen, etwa die Arbeitszeitaufstockung von Teilzeitkräften, die Mobilisierung von Arbeitsmarktreserven und die Förderung des Berufswiedereinstiegs. Ebenfalls möglich wäre die Steigerung der Attraktivität des Erzieher/innenberufs in Tageseinrichtungen. Dadurch könnten zusätzliche Absolventen/innen motiviert werden, in die frühkindliche Bildung einzusteigen, da 35% zurzeit offensichtlich andere Optionen bevorzugen. Dies sind immerhin jährlich mehr als 4.000 Absolventen/innen. Ähnliches gilt auch für die Hochschulabsolventen/innen. Die aktuellen Berechnungen machen deutlich, dass die Zeit knapp wird. Es sind noch erhebliche Anstrengungen und kreative Lösungen notwendig.

*Thomas Rauschenbach/
 Matthias Schilling*

Wenn das Kindeswohl gefährdet ist, ...

Antworten der Hilfen zur Erziehung für Familien in der Krise

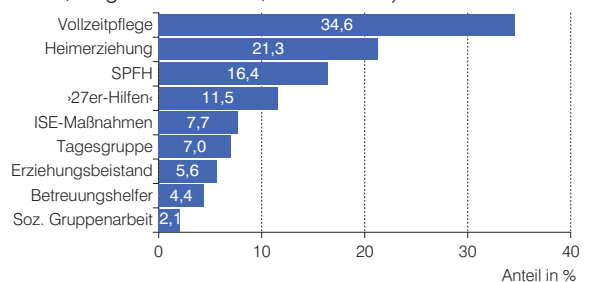
Das Spektrum der Gründe für eine Hilfe zur Erziehung ist breit gefächert und reicht von Defiziten bei der Versorgung über fehlende Erziehungskompetenz der Eltern bis zu Entwicklungsauffälligkeiten von jungen Menschen. Genauso vielfältig ist auch das zur Verfügung stehende Angebotsspektrum. Gerade die Hilfen mit einem vergleichsweise hohen Interventionsgrad stehen dabei in der Tradition der Jugendfürsorge. Wenn, so hieß es noch im alten Jugendwohlfahrtsgesetz, eine Gefährdung des Kindeswohls vorlag und/oder der Minderjährige zu verwahrlosen drohte, so hatte das Jugendamt zu reagieren (vgl. Tredde 2005). Verbunden mit einer Expansion insbesondere der ambulanten Hilfen seit den 1990er-Jahren haben sich die Leistungen heute zu so etwas wie sozialpädagogischen Dienstleistungen entwickelt. Darüber hinaus jedoch sind sie nach wie vor – verbunden mit Inobhutnahmen und Anzeigen zu sorgerechtlichen Maßnahmen – die Handlungsoption für Jugendämter bei (drohenden) Kindeswohlgefährdungen. Doch bei welchen Fallkonstellationen spielt eine Gefährdung des Kindeswohls eine mehr oder weniger große Rolle?

Bei jeder sechsten Hilfe geht es um Kindeswohlgefährdung

Insgesamt wurden 2007, ohne die Erziehungsberatung, knapp 126.200 Hilfen zur Erziehung im Kontext von ambulanten, eher familienunterstützenden und -ergänzenden Leistungen, aber auch mit Blick auf familienersetzende Formen wie die Vollzeitpflege oder die

Heimerziehung gewährt. In knapp 19.900 Fällen ging es dabei um eine Gefährdung des Kindeswohls, und zwar, ohne dass dies jeweils mit einem Entzug der elterlichen Sorge verbunden gewesen wäre (vgl. Schmid 2006). Das sind knapp 16% aller Maßnah-

Abb. 1: Hilfen zur Erziehung¹ aufgrund einer Gefährdung des Kindeswohls nach Hilfearten (Deutschl.; 2007; begonnene Hilfen; Anteile in %)



¹Einschl. d. Hilfen für junge Volljährige, o. Erziehungsberatung. Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder: Statistiken der Kinder- u. Jugendhilfe – Erzieherische Hilfen, 2007

men und entspricht damit statistisch ungefähr jeder sechsten Hilfe.

Bei den 2007 gewährten Hilfen spielten Kindeswohlgefährdungen anteilig bei den familienersetzenden Maßnahmen die größte Rolle. Bei jeder dritten Vollzeitpflege sowie jeder fünften Heimerziehung gaben die Jugendämter eine Gefährdung des Kindeswohls mit als Grund für eine Hilfe an (vgl. Abb. 1). Bei den ambulanten Leistungen werden diesbezüglich die höchsten Werte für die sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH) (16%) sowie die »27er-Hilfen« (12%) ausgewiesen. Eine weitaus geringere Bedeutung haben Kindeswohlgefährdungen bei der Gewährung von Erziehungsbeistandschaften (6%), Betreuungshilfen (4%) oder auch der sozialen Gruppenarbeit (2%).

Alter und Lebenslagen der Familien spielen eine Rolle

Wie unterscheiden sich unterdessen Fälle in den Hilfen zur Erziehung mit und ohne eine virulente Gefährdung des Kindeswohls? So gut wie keine Differenzen zeigen sich mit Blick auf die Familienkonstellationen oder auch den Migrationshintergrund. Bei beiden Fallgruppen liegt der Anteil der betroffenen jungen Menschen aus Familien, in denen die beiden Elternteile nicht mehr zusammenleben, mit 66% bzw. 67%

ähnlich hoch. Auch bezogen auf den Migrationshintergrund – gemessen über die ausländische Herkunft eines Elternteils und die im Haushalt gesprochene Sprache – zeigen sich nur geringe Unterschiede.

Deutliche Differenzen werden hingegen mit Blick auf das Geschlecht, das Alter sowie einen Transfergehaltbezug der Familien deutlich (vgl. Tab. 1):

- Mit Blick auf das Geschlecht wird für Hilfen zur Erziehung aufgrund einer Gefährdung des Kindeswohls in etwa eine Gleichverteilung deutlich.
- Bezogen auf das Alter sind knapp 42% der jungen Menschen in Hilfen

Tab. 1: Hilfen zur Erziehung aufgrund einer Gefährdung des Kindeswohls nach Hilfearten (Deutschl.; 2007; begonnene Hilfen; in %)

	Keine Kindeswohlgefährdung (n = 139.452)	Kindeswohlgefährdung (n = 26.080)
Geschlecht		
Männlich	58,3	50,1
Weiblich	41,7	49,9
Alter (von ... bis unter ... Jahren)		
0 – 6	20,8	41,7
6 – 15	49,7	44,1
15 – 27	29,5	14,2
Transferleistungsbezug		
Ja	57,7	75,4

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder: Statistiken der Kinder- u. Jugendhilfe – Erzieherische Hilfen, 2007; eigene Berechnungen

zur Erziehung aufgrund einer (drohenden) Gefährdung des Kindeswohls unter 6 Jahre alt. Spielt bei der Gewährung der Hilfe eine Kindeswohlgefährdung keine Rolle, liegt der Anteil der unter 6-Jährigen bei 21%.

- Drei von vier Familien, die aufgrund einer Gefährdung des Kindeswohls eine Hilfe zur Erziehung in Anspruch nehmen, sind auf Transferleistungen angewiesen. Zum Vergleich: Ist die Gefährdung des Kindeswohls kein maßgeblicher Grund, werden immer noch beachtliche, aber doch deutlich niedrigere 58% ausgewiesen.

Hierüber bestätigt sich zweierlei: Zum einen sind vor allem Kinder in den ersten fünf Lebensjahren aufgrund ihrer »Verwundbarkeit« bei Vernachlässigungen und Misshandlungen besonders gefährdet (vgl. auch Deutscher Bundestag 2009). Hierauf reagieren offensichtlich auch die Sozialen Dienste entsprechend sensibel.

Zum anderen bestätigt sich einmal mehr, dass eine Kindeswohlgefährdung nicht nur Ausdruck eines individuellen Versagens elterlichen Verhaltens ist. Darüber hinaus haben bei diesen familiären Krisen äußere Faktoren wie prekäre ökonomische Lebenslagen und dadurch bedingte Stressbelastungen eine zentrale Bedeutung (vgl. Seus-Sebericht 2006).

Jens Pothmann

Wann erreichen familienersetzende Hilfen ihre Ziele?

Hinweise zu Erfolgsfaktoren für gelingendes Aufwachsen in Pflegefamilien und Heimen

Für die Hilfen zur Erziehung ist die Frage nach den Effekten und dem Erfolg ihrer Angebote nicht neu. Seit Jahrzehnten ist sie, besonders bei den familienersetzenden Formen, Gegenstand der empirischen Forschung (vgl. Trede 2005; ISA 2009). Belastbare Erkenntnisse hierüber sind aufgrund der biografischen Bedeutung von Vollzeitpflege- und Heimerziehungshilfen, aber auch in Anbetracht der hohen Einzelfallkosten für den Kinder- und Jugendhilfeeinsatz unverzichtbar. Bereits in der Vergangenheit konnte die Kinder- und Jugendhilfestatistik hierzu einen kleinen Beitrag beisteuern (vgl. etwa Pothmann 2006). Mit der 2007 erstmalig eingesetzten reformierten Statistik haben sich die Erkenntnismöglichkeiten deutlich erhöht. Besser als zuvor besteht die Möglichkeit, den Hilfeprozess selbst zu beleuchten und eine Verknüpfung zwischen Hilfeplan, Hilfegestaltung und Abschluss einer Maßnahme herzustellen. Dies aufgreifend stehen hier die möglichen Gründe für geplante bzw. ungeplante Beendigungen von Hilfen im Mittelpunkt.

Gründe für das Hilfeende als Gradmesser

Für die Auswertungen von besonderem Interesse ist das Merkmal »Gründe für die Beendigung der Hilfe«. Erfasst wird hier, ob Hilfen gemäß den Hilfeplanziele beendet worden sind oder hiervon abweichen. Wenngleich die Aussage-

kraft dieses Merkmals nicht überstrapaziert werden darf, ist es zumindest ein Hinweis für den erreichten Erfolgsgrad einer abgeschlossenen Hilfe.

Hierzu wurde – eingegrenzt auf die familienersetzenden Hilfen (Vollzeitpflege, Heimerziehung) – ein multivariates Analyseverfahren angewendet,

eine sogenannte »binär logistische Regression«. Damit wird es möglich, den Einfluss unterschiedlicher Merkmale auf den Erfolg bzw. Misserfolg einer Hilfe gleichzeitig zu betrachten und diese im Hinblick auf ihre Einflussstärke zu gewichten. So ist es beispielsweise möglich, Einflussfaktoren auf die Dauer

von Maßnahmen unabhängig vom Alter zu betrachten (vgl. Abb. 1).

Eingeschränkt ist die Tragfähigkeit des zugrunde gelegten Erfolgskriteriums dahingehend, dass es sich bei der Zielerreichung um kein eindeutiges Kriterium handelt, da die Interpretationsspielräume der Fachkräfte sowohl bei der Zielformulierung als auch bei der Zielerreichung nicht »kontrolliert« werden können und die Messlatte individuell durchaus unterschiedlich sein dürfte. D.h.: Bei den folgenden Auswertungen wird eine gewisse »Vergleichbarkeit« der fachlichen Einschätzungen und Urteile der Fachkräfte unterstellt.

Erfolg einer Hilfe – abhängig von der Problemtiefe?

Der Anteil der 2007 abweichend vom Hilfeplan beendeten Hilfen liegt über alle Leistungen hinweg bei knapp 21%. Bei 79% der Hilfen geben die Auskunftsstellen somit ein Erreichen der in der Hilfeplanung vereinbarten Ziele an.

Bemerkenswert sind dabei die Unterschiede zwischen den Hilfen. So liegt der Anteil der Hilfeplanabweichun-

gen für die Erziehungsberatung bei 16%, während für das Spektrum der ambulanten Leistungen ein Anteil von 29% ausgewiesen wird. Und bei den stationären Hilfen, also der Vollzeitpflege und der Heimerziehung, verfehlen sogar gut 42% der Hilfen ihr Ziel.

Das ist aber keineswegs ein Beleg dafür, dass die interventionsorientierteren Hilfen angesichts einer deutlich geringeren Erfolgsquote schlechter arbeiten. So einfach ist es nicht. Vielmehr deutet sich bei diesen Zahlen ein Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Probleme und der Erfolgswahrscheinlichkeit der Hilfe an.

Je jünger das Kind, desto erfolgreicher die Hilfe?

Bei der Gewichtung der Einflussfaktoren mit Blick auf die Zielerreichung der Hilfen deutet sich der Einfluss des Alters der jungen Menschen an: Je jünger die Kinder bei Ende der Hilfe sind, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, gemäß Hilfeplan zum Abschluss zu kommen. Entwicklungspsychologisch verweist dies auf die zunehmenden pädagogischen Herausforderungen mit steigendem Lebensalter der jungen Menschen. Diese könnten aus der Perspektive professionellen Handelns nicht zuletzt mit der Schwierigkeit verbunden sein, angemessene Zielformulierungen zwischen den Beteiligten zu vereinbaren.

Zusätzlich zum Altersbefund zeigt sich, dass mit steigender Dauer der Hilfen die Wahrscheinlichkeit einer geplanten Beendigung steigt. Zusammengefasst liegt also die Vermutung nahe, dass bei einer länger andauernden Problembelastung die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen familienersetzenden Hilfe sinkt.

Neben dem Alter hat auch das Geschlecht einen, wenn auch vergleichsweise schwachen, so doch statistisch signifikanten Einfluss auf den Ausgang einer Hilfe: Zu konstatieren ist – ohne hier darauf einzugehen –, dass bei Jungen bzw. jungen Männern die Wahrscheinlichkeit höher ist, dass sie die Hilfe im Sinne des Hilfeplans beenden.

Migranten/innen – Verlierer des Systems?

Neben den individuellen Merkmalen hat auch die familiäre Situation einen Einfluss auf geplante bzw. ungeplante Beendigungen. Bei Heranwachsenden aus Familien mit Migrationshintergrund, in denen die beiden Merkmale ausländische Herkunft und nichtdeutsche Familiensprache zusammenkommen, ist die Gefahr größer, das Ziel des Hilfeplans zu verfehlen, als bei Kindern ohne Migrationshintergrund.

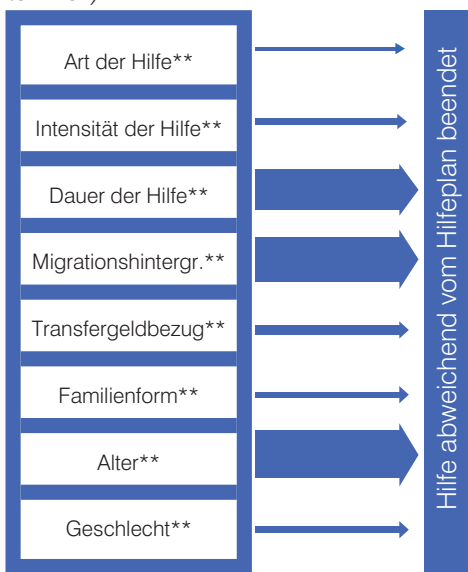
Dabei ist mit Blick auf die darüber hinaus erfassten Indikatoren zu den Lebenslagen bemerkenswert: Weder die Familienform noch die ökonomischen Ressourcen der Familie spielen offenbar eine annähernd so große Rolle für die Erfolgsaussichten einer Hilfe wie der Migrationshintergrund. Möglicherweise berücksichtigen die familienersetzenden Hilfen die Besonderheiten der Lebenssituation dieser jungen Menschen noch zu wenig. Hier scheinen verstärkte Anstrengungen in der Form notwendig, der kulturellen Herkunft der jungen Menschen noch besser gerecht zu werden.

Mehr Fragen als Antworten

Die sicherlich mit Vorsicht zu interpretierenden Befunde werfen derzeit noch mehr Fragen auf, als sie bereits verlässliche Antworten geben können. So wird noch zu analysieren sein, in welchem Verhältnis familienunterstützende und familienersetzende Hilfen mit Blick auf geplante bzw. ungeplante Hilfeabschlüsse zueinander stehen. Zu fragen ist auch: In welchen familiären Konstellationen, bei welchen Problemlagen sind familienunterstützende Hilfen erfolversprechender? Und wann ist eine »rasche« Herausnahme eines jungen Menschen aus der Familie unabdingbar? Empirische Hinweise zu diesen Fragestellungen könnten einen wichtigen Beitrag zur Qualifizierung des Fallverstehens bzw. einer sozialpädagogischen Diagnostik leisten, also zu der Frage, welche Hilfe die richtige, oder vielleicht besser: die erfolversprechendste ist?

Kirsten Fuchs-Rechlin/Jens Pothmann

Abb. 1: Einflussgrößen auf die ungeplante Beendigung von Vollzeitpflege- und Heimerziehungshilfen (Deutschland; 2007; beendete Hilfen)



Die Breite der Pfeile steht proportional für die Effektstärke im statistischen Modell (R²: 21%; **: p < ,01). Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder: Statistiken der Kinder- u. Jugendhilfe – Erzieherische Hilfen, 2007; eigene Berechnungen

Fachkräfte in Kitas – Motor oder Achillesferse des Wandels?

[kf] Die Herausforderungen für das Feld der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung sind zahlreich: Ausbau der Platzkapazitäten, verstärkte Bildungsorientierung, Weiterentwicklung zu Familienzentren oder eine engere Verzahnung mit der Grundschule. Bei diesen Herausforderungen werden die Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen eine Schlüsselrolle einnehmen. Wie ist es also gegenwärtig um deren Arbeitsbedingungen mit Blick auf Teilzeitbeschäftigung, Befristung und Bezahlung bestellt?

Im Vorfeld des Bundeskongresses für Soziale Arbeit in Dortmund hat das DJI zusammen mit der TU Dortmund die Beschäftigungsverhältnisse und die sozialen Lebenslagen der Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen beleuchtet. Ausführliche Ergebnisse hierzu finden sich unter www.dji.de beim DJI Online Thema 9/2009.

Teilzeitbeschäftigung: Bundesweit sind inzwischen nach Angaben der Kinder- und Jugendhilfestatistik fast 2 von 3 Fachkräften teilzeitbeschäftigt (61%). Vollzeittätige sind demnach – anders als noch in den 1990er-Jahren – mittlerweile deutlich in der Minderheit.

Der Mikrozensus zeigt ferner, dass vor allem im Westen insbesondere Erzieher/innen mit eigenen Kindern teilzeittätig sind. Dies gilt häufig bei mehreren jüngeren Kindern. Teilzeitarbeit ist in diesem Falle zumindest zu einem Teil eine wohl selbst gewählte Option zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Befristung: Der Großteil der Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen ist in einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis tätig. Der Anteil der befristeten Beschäftigungsverhältnisse hat sich aber seit Mitte der 1990er-Jahre deutlich erhöht: von 10% (1995) auf zuletzt knapp 15% im Jahr 2007.

Bezahlung: Im Durchschnitt verdient eine vollzeitbeschäftigte Erzieher/in rund 2.400 EUR brutto (eigene Berechnungen nach GEW 2007). Die Bezahlung ist nicht nur abhängig vom Alter, der Qualifikation und der Position inner-

halb der Einrichtung, sondern variiert auch erheblich zwischen Regionen und Kommunen. Auch zwischen den Anstellungsträgern zeigen sich Unterschiede in der durchschnittlichen Vergütung. So bezahlen kirchliche Träger ihre Fachkräfte etwas besser als öffentliche Träger und Wohlfahrtsverbände.

Dies dürfte sich allerdings ändern, denn mit dem neuen, ab November 2009 gültigen Tarifvertrag haben sich die Erzieher/innen öffentlicher Einrichtungen eine Gehaltserhöhung erstritten: Bereits Berufsanfänger/innen kommen – ohne Zulagen – demnach auf ein Bruttogehalt von 2.240 EUR, Erzieher/innen mit 18-jähriger Berufserfahrung auf 2.864 EUR.

Wenn auch in Bezug auf die finanzielle Anerkennung der Arbeit so etwas wie ein »Einstieg in die Aufwertung« (ver.di) geschaffen wurde, bleibt die hohe Befristungs- und Teilzeitquote. Befristung und Teilzeit stehen dem Ziel, eine kontinuierliche Betreuung zu gewährleisten, entgegen und erschweren es zudem, mit der geleisteten Arbeit auch tatsächlich den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten.

Anstieg der Inobhutnahmen – mehr Probleme oder mehr Intervention?

[jp] Im Kontext der »Kinderschutzdebatte« finden die Inobhutnahmen verstärkt Beachtung. Lange Zeit wurden sie nur am Rande und dann häufig auch eher als Überbleibsel längst vergangener Jugendhilfetage zur Kenntnis genommen. In der Sache sind sie das zentrale Instrument für die Kinder- und Jugendhilfe, um in akuten Krisensituationen ein Kind zumindest vorübergehend aus der Familie zu nehmen – und dies notfalls auch gegen den Willen der Eltern (vgl. Wiesner 2007).

Die Jugendämter machen hiervon immer häufiger Gebrauch. Für das Jahr

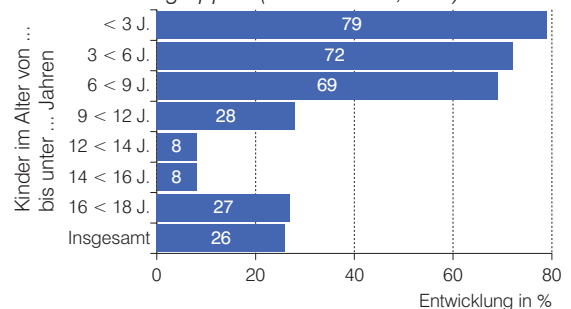
2008 wurden insgesamt 32.253 vorläufige Schutzmaßnahmen registriert. Das sind 14% mehr als im Vorjahr und 26% mehr als noch 2005. Aber: Trotz dieser beachtlichen Zunahme liegt die Zahl der in Obhut genommenen Minderjährigen nach wie vor bei gerade einmal 0,2% aller unter 18-Jährigen.

Die Zunahme resultiert zu einem erheblichen Teil aus Entwicklungen bei der Altersgruppe der unter 9-Jährigen (vgl. Abb. 1). Für den angegebenen Zeitraum ist dabei, je nach Altersgruppe, ein Anstieg der Maßnahmen zwischen 69% und 79% zu konstatieren. Allerdings zeigt sich auch, dass zwischen 2005 und 2008 die Fallzahlen für die 16- bis unter 18-Jährigen deutlich zugenommen haben (+27%).

Alles in allem sind diese Ergebnisse kein eindeutiger Gradmesser für steigende Belastungen familiärer Netzwerke oder eskalierende familiäre Konflikte. Mindestens genauso plausibel ist, dass man es hier mit empirischen Hinweisen auf sich verändernde Arbeitskulturen in den Sozialen Diensten zu tun hat. So dürfte sich die Sensibilität gegenüber Gefährdungslagen ebenso erhöht haben wie die prinzipielle Interventionsbereitschaft der zuständigen Stellen (vgl. Rauschenbach 2009).

So ist auffällig, dass sich die Zahl der Anzeigen an das Familiengericht zum Entzug der elterlichen Sorge zwischen 2005 und 2008 von rund 9.700 auf ca. 14.900 erhöht hat (+53%). Die Zahl der sorgerechtlichen Maßnahmen hat sich im gleichen Zeitraum um 41% auf über 12.200 erhöht.

Abb. 1: Veränderung der Inobhutnahmehzahlen (§ 42 SGB VIII) (einschl. Herausnahmen) zwischen 2005 und 2008 nach Altersgruppen (Deutschland; in %)



Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Vorläufige Schutzmaßnahmen, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

12. Jahrgang

Herausgeber:

Prof. Dr. Th. Rauschenbach

Redaktion:

Dr. Jens Pothmann

Dr. Matthias Schilling

Erscheinungsweise: 3-mal jährlich

Impressum

ISSN 1436-1450

Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- & Jugendhilfestatistik – AKJ^{Stat}

Technische Universität Dortmund
FK12/Forschungsverbund DJI/TUDo
CDI-Gebäude, Vogelpothsweg 78,
44227 Dortmund

Tel.: 0231/755-5557

Fax: 0231/755-5559

www.akjstat.uni-dortmund.de

E-Mail: komdat@fb12.uni-dortmund.de

Bezugsmöglichkeiten:

Die Ausgaben von Kom^{Dat} sind kostenfrei. Die Hefte werden als PDF-Datei per E-Mail oder als Druckfassung auf dem Postwege verschickt.

Satz: AKJ^{Stat}

Druck: Offsetdruck J. Heinze Dortmund

Literatur

Robert Koch-Institut (Hrsg.): Beschäftigte im Gesundheitswesen. Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Heft 46, Berlin 2009.

Das Gesundheitswesen hat sich nicht nur längst zu einer volkswirtschaftlich relevanten Größe entwickelt, sondern ist auch ein beachtlicher Teilarbeitsmarkt. Etwa 11% aller Beschäftigten sind im Gesundheitswesen tätig. Die vorgelegten datengestützten Analysen befassen sich mit der beachtlichen Vielfalt der Berufe im Gesundheitswesen. Sie beschreiben die Besonderheiten des Personals sowohl im Hinblick auf die Art der Beschäftigung als auch hinsichtlich ausgewählter soziodemografischer Merkmale wie Alter, Geschlecht und Migrationserfahrung.

Das im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung des Bundes erschiene Heft mit einem Umfang von ca. 50 Seiten ist über das Internet kostenlos verfügbar (www.gbe-bund.de).

Statistische Ämter

Das Statistische Bundesamt hat Ende Juni einen Tabellenband zur **Heimerziehung** sowie einen zur **Erziehungsberatung** auf der Grundlage der überarbeiteten amtlichen Statistik zu den Hilfen zur Erziehung für das Erhebungsjahr 2007 vorgelegt. Diese umfassenden Grundinformationen sind kostenlos über das Internetangebot von »Destatis« verfügbar (www.destatis.de > Publikationen > Publikationsservice).

Noch im Juli hat das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg als erstes Statistisches Landesamt Ergebnisse der Erhebung »**Erzieherische Hilfe, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige**« für das Erhebungsjahr 2008 veröffentlicht. Die Daten für Berlin und Brandenburg weisen jeweils einen Anstieg des Fallzahlenvolumens aus, und zwar um jeweils etwa 13%. Im Internet sind die Tabellenbände kostenlos erhältlich (www.statistik-berlin-brandenburg.de > Produkte > Statistische Berichte).

Neues aus der AKJ^{Stat} und dem Forschungsverbund

Der Forschungsverbund zwischen dem Deutschen Jugendinstitut e.V. und der Technischen Universität Dortmund hat in Form einer Broschüre eine Zwischenbilanz seiner Arbeiten vorgelegt. Vorgelegt werden Projekte zu den Forschungsfeldern des seit 2002 bestehenden Verbundes: Freiwilliges Engagement, Organisation und Verbände, Personal und Qualifikation, Hilfen zur Erziehung, Kindertagesbetreuung, Kinder- und Jugendarbeit, Jugendhilfe und Schule sowie Bildungs- und Sozialberichterstattung. Die AKJ^{Stat} ist Teil des Forschungsverbundes.

Einzelne Exemplare der Broschüre können über die AKJ^{Stat} bestellt werden. Zudem ist sie über das Internet verfügbar (www.akjstat.uni-dortmund.de).

In diesem Heft verwendete Literatur

- Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. 13. Kinder- und Jugendbericht. Drucksache 16/12860, Berlin 2009.
- [GEW] Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hrsg.): Wie geht's im Job? KiTa-Studie der GEW, Frankfurt a.M. 2007.
- [ISA] ISA Planung und Entwicklung (Hrsg.): Praxishilfe zur wirkungsorientierten Qualifizierung der Hilfen zur Erziehung. Wirkungsorientierte Jugendhilfe Band 09, Münster 2009.
- Kindler, H. u.a. (Hrsg.): Handbuch Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD), München 2006.
- Pothmann, J.: Die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik – ein Instrument zur Erfolgsmessung bei erzieherischen Hilfen?, in: EREV-Schriftenreihe 3/2006, S. 32-36.
- Rauschenbach, Th.: Wie wird Kinderschutz effektiver?, in: Der Städtetag, 2009, Heft 2, S. 18-21.
- Rauschenbach, Th./Schilling, M.: Demografie und frühe Kindheit. Prognosen zum Platz- und Personalbedarf in der Kindertagesbetreuung, in: Zeitschrift für Pädagogik, 2009, Heft 1, S. 17-36.
- Schmid, H.: Was ist unter einer das Wohl des Kindes nicht gewährleistenden Erziehung zu verstehen?, in: H. Kindler u.a. (Hrsg.), 2006, Kap. 12.
- Seus-Seberich, E.: Welche Rolle spielt soziale Benachteiligung in Bezug auf Kindeswohlgefährdung?, in: H. Kindler u.a. (Hrsg.), 2006, Kap. 17.
- Trede, W.: Hilfen zur Erziehung, in: H.-U. Otto, H. Thiersch (Hrsg.), Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik, 3. Aufl., München 2005, S. 787-803.
- Wiesner, R.: Sozialpädagogische Angebote und staatliches Wächteramt, in: J. Münder, R. Wiesner (Hrsg.), Kinder- und Jugendhilferecht. Handbuch, Baden-Baden 2007, S. 162-179.